

Parlamentarischer Vorstoss

2023/169

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Raumplanerische Hindernisse für Energiezentralen von Wärmeverbunden beseitigen
Urheber/in:	Désirée Jaun
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Abt, Bammatter, Boerlin, Cucè, Hänggi, Jansen, Kaufmann Urs, Kirchmayr Jan, Koller, Locher, Maag-Steit, Meschberger, Noack, Roth, Strüby-Schaub, Winter, Wyss
Eingereicht am:	30. März 2023
Dringlichkeit:	—

Verschiedene Wärmeverbunde konnten mit der aktuellen Gesetzgebung (Raumplanungsgesetz und Verordnung) nicht realisiert werden, so beispielsweise in Bottmingen. Dort wollten 2016 die EBM (heute Primeo Energie) und die Gemeinde die Nutzung der Abwärme der bestehenden elektrischen Transformatoren und den Ausbau mit einer Holzschnitzelanlage für einen Wärmeverbund in der OeWA-Zone realisieren. Dies wurde damals aufgrund einer Einsprache durch die Baurekurskommission BL als nicht zonenkonform beurteilt. Neue Einsprachen gegen den Ausbau oder die Erneuerung von bestehenden bzw. die Realisierung von neuen Wärmeverbunden könnten solche Projekte stark verzögern, wenn nicht gar verunmöglichen.

Das Raumplanungs- und Baugesetz (RBG) definiert im §24 welche Gebiete zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben die Zonen für öffentliche Werke und Anlagen umfassen. Ebenso ist festgehalten, dass in beschränktem Umfang auch andere Nutzungen zulässig sind, sofern diese mit der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben verträglich sind. In der Verordnung zum RBG sind im §7 Ausnahmen von den kommunalen Zonenvorschriften festgehalten. Wärmeverbunde, die erneuerbare Energien nutzen, sind darin nicht explizit aufgeführt.

Die heutige Situation, wonach es eine volle Zonenplanrevision braucht (inkl. Mitwirkungsverfahren etc.) hindert Projektentwickelnde, weitere Wärmeverbunde aufgrund aufwendiger, langwieriger und damit kostspieliger Verfahren in Angriff zu nehmen. Dieses Hindernis muss möglichst einheitlich beseitigt werden, um den Ausbau einer nachhaltigen Wärmeversorgung nicht zu gefährden. Diverse Gemeinden sowie der VBLG und die Region Liestal Frenkentäler Plus gelangten mit dieser Thematik bereits im Herbst 2021 an den Regierungsrat. Das Anliegen wurde gemäss damaliger Auskunft von der kantonalen Verwaltung aufgenommen und Lösungen sollten geprüft werden, damit nicht in allen Gemeinden mit bestehenden oder zukünftig geplanten Wärmezentralen eine separate Zonenplanrevision durchgeführt werden muss, um diese Formalität mit äusserst grossem Aufwand zu beheben. Bisher wurden jedoch keine konkreten Anpassungen vorgeschlagen oder vorgenommen.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, zu prüfen und zu berichten, wie neue mit erneuerbaren Energieträgern betriebene Energiezentralen in OeWA-Zone mit einer für alle Gemeinden geltenden Lösung realisiert werden können, ohne die Planungssicherheit für Unternehmen aufgrund aufwendiger Zonenplanänderungsverfahren zu verlangsamen.